

Staaten ausgeht, der vielmehr durch die Politik der friedlichen Koexistenz und durch die friedliche Zusammenarbeit für das Leben und die Sicherheit seines eigenen Volkes und aller europäischen Völker Sorge trägt.

Der Bericht des Zentralkomitees an unseren Parteitag hat sich das auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU von Genossen Leonid Breshnew unterbreitete Friedensprogramm voll zu eigen gemacht. Dieses Programm geht von den internationalen Realitäten und Erfordernissen aus und schlägt solche Schritte vor, die zur Regelung brennender internationaler Probleme führen und der Friedenssicherung, der Verminderung der Rüstungslasten und der Entspannung dienen würden. In ihm sind alle nützlichen und vertretbaren Anregungen berücksichtigt, die von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zur Lösung internationaler Probleme gemacht worden sind. Dieses Friedensprogramm der Sowjetunion hat eine außerordentlich starke und positive internationale Resonanz gefunden; denn es entspricht den Erwartungen und Friedenswünschen der Völker. Wie die von Genossen Erich Honecker unterbreiteten Vorschläge bezeugen, wird die DDR getreu ihrer Friedensmission aktiv ihren Beitrag zur Verwirklichung dieses Friedensprogramms leisten.

Liebe Genossinnen und Genossen! Unlängst fand in Helsinki eine Ratsagung der Sozialistischen Internationale statt, an der auch Vertreter sozialdemokratischer Parteien aus Europa und Übersee teilgenommen haben, die an normalen, völkerrechtlichen Beziehungen ihres Landes zur DDR interessiert sind.

Vor diesem Forum sprach der Vorsitzende der SPD und Kanzler der BRD über die Europa-Politik der von ihm geführten Regierung. Hinsichtlich der DDR sprach er von Gleichberechtigung, Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Gleichzeitig richtete er an die europäischen Staaten die Aufforderung, „ihre Verpflichtung zu bestätigen, die internationalen Beziehungen auf der Grundlage der souveränen Gleichheit zu gestalten“.

Herr Brandt versicherte in Helsinki, er stehe zu seinem Wort. Wir sind bereit, ihn beim Wort zu nehmen. Laut den Völkerrechtsprinzipien der Vereinten Nationen sind nach dem Grundsatz der souveränen Gleichheit alle Staaten rechtlich gleich und hat jeder Staat die Pflicht, die Völkerrechtssubjektivität der anderen Staaten zu achten. In Übereinstimmung mit dieser Grundlage der souveränen Gleichheit tritt die DDR - wie im Bericht des Zentralkomitees formuliert ist — für die Aufnahme normaler Beziehungen entsprechend den Regeln des Völkerrechts auch zur BRD ein. An der Regierung in Bonn liegt es nun, die Zeichen der Zeit zu verstehen.